

Die
G r u n d r e c h t e
des
deutschen Volkes.

Von
Gustav Struve.

Birsfelden,
Gedruckt in der Buchdruckerei von **J. H. Walser.**

1848.

Anruf an das deutsche Volk.

Mitbürger, Freunde, Brüder!

Das Maß des an Euch verübten Unrechts ist zum Ueberlaufen voll. Die Monarchie mit ihren Anhängseln von Geburts-Adel, Beamten-Adel und Geld-Adel ist durch und durch faul. Eure letzte Hoffnung, die konstituierende Versammlung in Frankfurt a. M., hat Euch getäuscht. Statt eines freien und einigen Deutschlands hat diese Dienstmagd der Reaktion Euch zu den fünfunddreißig Fürsten, die Ihr schon hattet, den sechsunddreißigsten noch gegeben. Statt den Druck des auf Euch lastenden Soldaten- und Beamtenwesens zu vermindern, wurde derselbe im Laufe der letzten Monate verdoppelt und verdreifacht. Keine der Zusagen, welche unsern Bedrückern in der letzten Zeit durch die Macht der Verhältnisse abgedrungen wurden, wird gehalten, insofern sich ein Fürst, ein Präsident, ein Amtmann oder auch nur ein Polizeidiener und Gend'arme stark genug glaubt, dieselben brechen zu können. Die Soldateska schlägt Jeden nieder, welcher es wagt, in ihrem Beisein eine Klage gegen die bestehenden Zustände auszusprechen. Die Kerker sind angefüllt mit den Männern des Volkes. Hunderte unserer Freunde und Gesinnungsgegnossen müssen im Auslande leben, um dem gegen uns gezückten Nacheschwerte zu entgehen, weil wir dem in den Volksversammlungen in Offenburg, Freiburg u. s. w. an uns ergangenen Rufe Folge leisteten und uns an Eure Spitze stellten, um das unerträgliche Joch der Fürstenherrschaft zu brechen. Während das deutsche Volk im Innern ausgefogen, geknechtet und verdimmt wird, verrathen es seine Fürsten an das Ausland. Die Jugend Deutschlands wird in einem Scheinkriege mit Däne-

mark absichtlich hingeopfert, und schon sind alle Anstalten getroffen, den großen Bundesgenossen, Verwandten und Freund der deutschen Fürsten, den Czaaren von Rußland mit seinen wilden Horden, ins deutsche Vaterland hereinzuziehen, um mit dessen Hülfe das Werk der Knechtung Deutschlands zu vollenden.

Höher kann weder das Unwesen der Fürstengewalt, noch die Entrüstung des Volkes über dasselbe steigen; daher ist jetzt die Frage einzig die: wollt Ihr abwarten, bis die Bewegung im Volke sich wieder gelegt; bis der neue Reichsverweser Kroaten und Panduren in das Herz Deutschlands gezogen und die in den letzten Zeiten von den Regierungen angewandten Gewaltmaßregeln, wie in den Jahren 1832 und 1834, zu einem fortbauenden Regierungssystem ausgebildet haben wird? Oder aber wollt Ihr als Männer für Eure ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte Euch erheben und das auf Euch lastende, unerträgliche Joch zerbrechen? Tausende von Stimmen, welche aus Deutschland zu uns in unser Asyl drangen, riefen uns zu:

„Ist die Ernte nur zu Haus,
„Bricht der Kampf von Neuem aus.“

Die Zeit der Ernte hat begonnen; in wenigen Wochen wird sie vorüber sein. Diese kurze Zeit darf nicht unbenutzt vorüber gehen. Alle Diejenigen, welche an den Kämpfen im badischen Oberlande Theil nahmen, sind bereit, ein zweites Mal Gut und Blut, Leib und Leben für Euch einzusetzen; doch sie sind im Verhältniß zu dem deutschen Volk nur wenige Menschen. Sie können nur dann Etwas leisten, wenn Ihr Euch in Masse erhebet und um uns schaaret. Wir vermögen nicht das Joch der Tyrannen zu brechen; allein wir können Euch den Weg zeigen, auf welchem Ihr zu Wohlstand, Bildung und Freiheit im Innern und zu einer Achtung gebietenden Stellung dem Auslande gegenüber gelanget. Der Weg ist derselbe, auf welchem alle Völker ihre Freiheit errangen: die Schweizer, die Nordamerikaner, die Franzosen. Es ist der offene Aufstand gegen eine unerträgliche Tyrannei. Der erste Versuch, welchen wir machten, ist nicht gelungen; selten gelingt in hochwichtigen Dingen der erste Versuch. Doch auch unser erster mißlungener Versuch war nicht vergebens unternommen. Er hat den schlummernden Geist des Volkes geweckt; er hat eine mächtige republikanische Partei im ganzen großen deutschen Vaterlande hervorgerufen; er hat die Verräther des Volkes von seinen Freunden aus-

geschieden. Das zweite Mal wird unser Versuch gelingen, wenn Ihr, Mitbürger und Freunde, Euch gleichzeitig aller Orten erhebet.

Was wir unter Republik verstehen, sagt Euch der „Entwurf eines Staatsgrundgesetzes“, welchen ich diesem Aufrufe anschließe. Vergleichen denselben mit Euren jetzigen Staatsgrundgesetzen und mit demjenigen der Vertrauensmänner in Frankfurt. Er verhält sich zu diesen wie der Tag zur Nacht, wie die Freiheit zur Knechtschaft.

Mitbürger, Freunde, Brüder! um zu republikanischer Freiheit zu gelangen, müßt Ihr als Männer für Euer gutes Recht erst kämpfen, weil Ihr unter dem Joche verruchter Tyrannen schmachtet. Wir Republikaner wollen nicht, wie feile Verläumder uns vorwerfen, Unordnung und Unfrieden. Nein, wir wollen Ordnung und Friede; allein wir wissen, daß diese nicht möglich sind, so lange fünfunddreißig große und viele Tausend kleinere Blutezel mit Weibern, Mätressen, ehelichen und unehelichen Kindern von Eurem Blute leben.

Wir fordern Euch daher auf zum Kampfe gegen Eure Tyrannen. Beginnet denselben damit, daß Ihr alle Abgaben an Grundherren, Staat und Kirche verweigert, und daß Ihr aller Orten Euch zusammenschaaert, Eure Polizeidiener, Gensd'armen, Amtleute, Grundherren und Fürsten gefangen nehmet und Euch bereit haltet, mit den Söldlingen Eurer Bedrucker den Kampf auf Leben und Tod zu beginnen.

Mitbürger, Freunde, Brüder! thut Ihr Eure Pflicht, wir werden die unsrige thun.

Birsfeld bei Basel, den 23. Juli 1848.

In Uebereinstimmung mit vielen Gesinnungsgenossen

Gustav Struve.

Entwurf des deutschen Staatsgrundgesetzes.

Allgemeine Grundsätze.

§. 1.

Die zum bisherigen deutschen Bunde gehörigen Länder, mit Ein-
schluß der neuerdings aufgenommenen preussischen Provinzen und des
Herzogthums Schleswig bilden sofort einen Bundesstaat. Wegen des
Großherzogthums Posen und des Istrianer Kreises bleiben weitere Be-
stimmungen vorbehalten.

§. 2.

Die Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten wird nicht
aufgehoben; aber so weit es die Einheit Deutschlands fordert, beschränkt.
Diese Beschränkung liegt theils darin, daß einzelne Staatsangelegen-
heiten fortan ausschließlich der Gewalt des Gesamtstaates anheim-
fallen; theils darin, daß dem Volke gewisse Grundrechte und Ein-
richtungen durch den Gesamtstaat gewährleistet werden.

§. 3.

Die einzelnen deutschen Staaten sind folgende:

Preußen	Hauptstadt	Königsberg.
Brandenburg	"	Berlin.
Pommern	"	Stettin.
Mecklenburg	"	Lübeck.
Schleswig-Holstein	"	Hamburg.
Niedersachsen	"	Bremen.
Schlesien	"	Breslau.
Böhmen	"	Prag.
Mähren	"	Olmütz.
Obersachsen	"	Leipzig.
Thüringen	"	Erfurt.
Franken	"	Würzburg.

Die drei Hessen der rechten Rheinseite		
und Nassau	Hauptstadt	Frankfurt a/M.
Niederrhein nördlich von		
der Mosel	"	Köln.
Westphalen	"	Münster.
Oesterreich	"	Wien.
Steiermark	"	Grätz.
Illyrien	"	Triest.
Tyrol	"	Innsbruck.
Bayern	"	München.
Schwaben	"	Stuttgart.
Oberrhein (Baden u. der		
bayerische Rheinkreis)	"	Mannheim.
Mittelrhein (südlich von		
der Mosel)	"	Mainz.

§. 4.

Die Ziehung der Grenzen der verschiedenen Staaten wird durch Kommissäre derselben sofort ins Werk gesetzt. Sollten sich dieselben nicht einigen können, so gibt der deutsche Landtag die Entscheidung.

§. 5.

Die bisher bestandene erbliche Monarchie wird hierdurch für immer abgeschafft; zu gleicher Zeit mit ihr alle Vorrechte, welchen Namen dieselben immer haben mögen. Sämmtliche Mitglieder deutscher Fürstfamilien werden aus Deutschland verbannt. Ihr Vermögen wird zu Gunsten des Volkes eingezogen. Diejenigen, welche für sich, ihre Erben und ihre ganze Familie freiwillig auf ihre Vorrechte verzichten, erhalten eine im Auslande zu verzehrende, angemessene Pension, insofern sie kein Vermögen im Auslande haben.

§. 6.

Die Verfassung Deutschlands ist die rein demokratisch-republikanische, nach folgenden Grundsätzen:

§. 7.

Vom Volke geht alle Gewalt in Deutschland aus: vom deutschen Gesamtvolke alle Gewalt in Betreff der Angelegenheiten des gesammten deutschen Vaterlandes; von dem Volke jedes der §. 3 angeführten Einzelstaaten geht alle Gewalt aus in den Angelegenheiten dieses

Einzelstaates und von dem Volke jeder einzelnen Gemeinde alle Gewalt in Angelegenheiten der einzelnen Gemeinden. Jeder volljährige Deutsche männlichen Geschlechts ist stimmberechtigt in den Angelegenheiten seiner Gemeinde, seines Einzelstaates und des deutschen Gesamtstaates, insofern ihm nicht seine politischen Rechte durch ein rechtskräftiges Urtheil ausdrücklich abgesprochen worden sind.

§. 8.

Für Angelegenheiten des gesammten deutschen Vaterlandes werden die nachfolgenden ausdrücklich erklärt:

- a) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten nach Außen, mithin der gesammte diplomatische Verkehr mit dem Auslande;
- b) das Recht über Krieg und Frieden;
- c) das Heerwesen;
- d) das Festungswesen;
- e) Kriegsflotten und Kriegshäfen;
- f) das Zollwesen;
- g) das Postwesen;
- h) Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen;
- i) Ertheilung von Erfindungspatenten, so daß in allen diesen Beziehungen (a bis i) Deutschland nur ein Gebiet bildet;
- k) die Gesetzgebung im gesammten Rechtsgebiete, insofern eine solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist, wohin insbesondere ein Gesetz über deutsches Heimathsrecht und Staatsbürgerrecht, sowie ein Gesetz über ein für ganz Deutschland gleiches Münz-, Maß- und Gewichtssystem; ferner ein deutsches Civil-, Straf-, Prozeß-, Polizei-, Gemeinde-, Kirchen- und Schulgesetzbuch gehört;
- l) die Gerichtsbarkeit in dem unten (§. 33) bezeichneten Umfange, die Verfügung über sämmtliche Zoll- und Poststeuern, und insofern diese Einnahmen nicht ausreichen, die Belegung der einzelnen Staaten mit allgemeinen Landessteuern.

§. 9.

Die Versammlung der Volksvertreter.

Die Staatsgewalt wird ausgeübt sowohl in dem Gesamtstaate Deutschland, als in jedem Einzelstaate durch eine Versammlung frei-

gewählter Volksvertreter. Diese Versammlung, besißt daher alle und jede in der Staatsgewalt enthaltenen Rechte und erkennt über sich keine andere Gewalt, als diejenige des deutschen Volkes.

§. 10.

Ganz Deutschland wird in Wahlbezirke getheilt, wovon jeder 50,000 Seelen enthält. Jeder Wahlbezirk wählt einen Volksabgeordneten für den Landtag des deutschen Gesamtstaates und deren zwei für den Landtag seines Einzelstaates, und zwar auf drei Jahre. Jedes Jahr tritt ein Drittheil der Abgeordneten durch das Loos aus.

§. 11.

Die Wahl geschieht durch das Volk in öffentlichen Versammlungen unmittelbar selbst. Wähler ist jeder volljährige Deutsche, welcher in dem betreffenden Wahlbezirke wenigstens zwei Monate vor Anordnung der Wahl seinen Wohnsitz aufgeschlagen hat und nicht unter die Bestimmung des Schlußsatzes von §. 8 fällt.

§. 12.

Wählbar ist jeder Deutsche ohne allen Unterschied.

§. 13.

Die Wahl wird geleitet durch einen Ausschuß, welcher von dem Volke in einer vorberathenden Versammlung gleichfalls gewählt wird und welcher aus fünf Personen besteht.

§. 14.

Sie findet durch geheime Abgabe von Stimmzetteln nach vorgängiger öffentlicher Berathung Statt.

§. 15.

Die Mitglieder der Versammlungen der Volksvertreter des Gesamtstaates, wie des Einzelstaates, beziehen mäßige Reise- und Tagelöhner aus der Kasse des deutschen Gesamtstaates, beziehungsweise aus derjenigen ihres Einzelstaates.

§. 16.

Jedes Mitglied der genannten Versammlungen vertritt ganz Deutschland, beziehungsweise seinen ganzen Einzelstaat und ist an keine Instruktion gebunden.

§. 17.

Zu einem Beschlusse der Versammlung der Volksvertreter gehört die Gegenwart von wenigstens einem Drittheil ihrer Mitglieder und absolute Mehrheit der Stimmen.

§. 18.

Der Landtag Deutschlands versammelt sich von Rechts wegen jährlich ein Mal zu einer ordentlichen Sitzung in Frankfurt a. M., die am ersten März ihren Anfang nimmt; der Landtag jedes Einzelstaates in der Hauptstadt desselben am ersten November. Außerordentliche Sitzungen können von dem Präsidenten des Gesamtstaates beziehungsweise des betreffenden Einzelstaates zu jeder Zeit berufen werden. Eine Vertagung des Landtages durch den Präsidenten des Gesamtstaates beziehungsweise des Einzelstaates darf nicht über sechs Wochen dauern. Einer Auflösung soll die Anordnung neuer Wahlen binnen 14 Tagen nachfolgen, widrigenfalls der Landtag drei Monate nach der Auflösung in seiner alten Gestalt zusammentritt, wenn die Zeit der ordentlichen Sitzung nicht früher fällt.

§. 19.

Die Sitzungen der Landtage sind öffentlich.

§. 20.

Die Mitglieder der Landtage können, außer im Fall der Ergreifung auf frischer That, wegen eines peinlichen Verbrechens während ihrer Anwesenheit auf dem Landtage und auf der Hin- und Herreise nicht ohne Zustimmung der Versammlung, welcher sie angehören, verhaftet werden. Auch können sie wegen ihrer Äußerungen in der Versammlung an keinem andern Orte zur Rechenschaft gezogen werden.

§. 21.

Die Minister haben freien Zutritt zu den Versammlungen des Landtages, Stimmrecht jedoch nur, insofern sie Mitglieder derselben sind; sie haben das Recht, jederzeit an die Versammlung zu sprechen, wie diese das Recht hat, ihre Gegenwart und Auskunft über alle Staatsangelegenheiten von denselben zu verlangen.

§. 22.

Die Verhandlungen des Landtages werden geleitet durch einen von demselben auf ein Jahr gewählten Landtagspräsidenten, welchem zwei Vicepräsidenten zur Seite stehen.

Der Bundespräsident und die Präsidenten der Einzelstaaten.

§. 23.

An der Spitze der Verwaltung des deutschen Gesamtstaates steht ein von dem gesammten deutschen Volke gewählter Bundespräsident; an der Spitze der Verwaltung jedes deutschen Einzelstaates ein von dem letztern gewählter Landespräsident, deren jedem für den Fall seiner Verhinderung ein Vicepräsident zur Seite steht.

§. 24.

Präsident und Vicepräsident werden in den §. 10 erwähnten Wahlbezirken auf die §§. 11 und 14 bezeichnete Weise erwählt, nur mit dem Unterschiede, daß die Abstimmungsergebnisse sämmtlicher Wahlbezirke zusammengetragen werden müssen.

§. 25.

Die Wahl der Präsidenten findet regelmäßig unmittelbar vor dem ordentlichen Zusammentritte des betreffenden Landtages Statt, so daß die Prüfung des Wahlaktes dessen erstes Geschäft nach seiner Konstituierung sein kann.

§. 26.

Der Landtag veröffentlicht nach Prüfung der Wahlakten das Wahlergebnis und überträgt am ersten April, beziehungsweise am ersten Dezember die Gewalt dem neugewählten Präsidenten.

§. 27.

Der Bundespräsident wohnt zu Frankfurt a. M. und wird auf die Dauer von drei Jahren erwählt. Er bezieht eine jährliche Besoldung von 20,000 Gulden und hat freie Wohnung im Bundespalaste. Er besitzt die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten des deutschen Gesamtvaterlandes, ernennt die Minister (Gehülfen), das gesammte Personal sämmtlicher Ministerien, die Generale und Obersten des Landheeres, die Admirale und die Schiffskapitäne der Seemacht

und die diplomatischen Agenten. Die Präsidenten der 23 deutschen Einzelstaaten wohnen in den Hauptstädten derselben, werden gleichfalls auf drei Jahre erwählt, beziehen eine jährliche Besoldung von 3000 bis 6000 Gulden und haben freie Wohnung in dem Landespallast. Sie besitzen die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten dieses Einzelstaates, ernennen die Minister desselben und das Gesamtpersonal sämtlicher Ministerien und überwachen die Wahlen zu den übrigen Civil-, Militär-, Gemeinde- und Kirchenämtern.

§. 28.

Dem Bundespräsidenten steht die außerordentliche Berufung, die Vertagung, Schließung und Auflösung des Landtages zu. Die Beschlüsse des Landtages erhalten durch seine Verkündung, welche er jedoch nur einmal verweigern und niemals länger als ein Jahr aufschieben darf, verbindliche Kraft für ganz Deutschland. Er erläßt die zur Vollziehung der Landesgesetze erforderlichen Verordnungen und hat die Verpflichtung, die erforderlichen Gesetzesvorlagen dem Landtage zu machen. Ganz gleiche Befugnisse haben die Präsidenten der Einzelstaaten in Berücksichtigung auf diese:

§. 29.

Der Bundespräsident übt die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus; von ihm werden die Gesandten und Konsuln ernannt und bei ihm werden sie beglaubigt. Nur durch ihn kann ganz Deutschland oder können einzelne deutsche Staaten mit dem Auslande in Unterhandlung treten.

§. 30.

Der Bundespräsident ist dem Landtage und dem Volke jederzeit für alle Handlungen und Unterlassungen, welche sich auf seinen Geschäftskreis beziehen, verantwortlich. Er hat jedes Jahr bei dem Zusammentritt des Landtages diesem einen Bericht über seine Wirksamkeit vorzulegen. Das Gleiche gilt von dem Präsidenten der einzelnen Staaten in Bezug auf diese.

Das höchste Landesgericht.

§. 31.

Das höchste Landesgericht besteht aus eben so vielen Mitgliedern, als Deutschland Staaten zählt; also im gegenwärtigen Augenblicke

aus 23 Mitgliedern. Sie werden von den im §. 10 bezeichneten Wahlbezirken auf die §§. 11 und 14 bezeichnete Weise gewählt, und zwar je auf zehn Jahre. Sie wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten und Vicepräsidenten. Unvereinbar mit der Stelle eines Landesrichters ist die Bekleidung jedes andern Amtes und die Mitgliedschaft des Landtages.

§. 32.

Das Landesgericht hat seinen Sitz in Nürnberg. Seine Sitzungen sind öffentlich.

§. 33.

Die Zuständigkeit des Gerichtes der deutschen Gesamtstaaten umfaßt:

- a) Streitigkeiten jeder Art, welche zwischen den einzelnen deutschen Staaten an dasselbe gebracht werden;
- b) Klagesachen von Privatpersonen gegen deutsche Staaten, bei welchen die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist;
- c) alle Klagen gegen den Reichsfiskus und dessen einzelne Zweige;
- d) Entscheidungen in oberster Instanz über Beschwerden wegen Verweigerung oder gehemmter Rechtspflege;
- e) Anklagen gegen die Landesminister oder die Minister der einzelnen Staaten, welche durch den deutschen Landtag oder die Versammlungen der Vertreter der einzelnen Staaten vor dasselbe gebracht werden;
- f) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworene in Fällen des Verrathes gegen das Land.

Grundrechte des deutschen Volkes.

§. 34.

Das deutsche Volk gewährleistet seinen Mitgliedern folgende Grundrechte, welche demnach in die Verfassung jedes einzelnen deutschen Staates aufgenommen werden müssen:

- a) eine Verfassung des Einzelstaates, welche derjenigen des deutschen Gesamtstaates entspricht; also eine Versammlung der Volksvertreter, einen Präsidenten und ein Gericht, welche den in §§. 9 bis 31 dieser Verfassungsurkunde ausgestellten Grundsätzen entsprechen;

- b) eine freie Gemeindeverfassung auf Grundlagen der Souveränität des Volkes;
- c) Unabhängigkeit der Gerichte, verbürgt durch die Besetzung der Richterstellen vermittelt freier Volkswahlen und Unabsetzbarkeit der Richter, außer nach Urtheil und Recht; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Schwurgerichten, Vollziehbarkeit der rechtskräftigen Urtheile der deutschen Gerichte im Gebiete des gesammten deutschen Vaterlandes;
- d) Abschaffung aller Vorrechte und folgeweise Gleichheit aller Stände vor dem Gesetze, namentlich in Betreff der Staats- und Gemeinde-lasten und der Zulassung zu Aemtern;
- e) Aufhebung des stehenden Heeres und Verschmelzung desselben mit der Bürgerwehr, allgemeine Volksbewaffnung, neben welcher nur Kriegsschulen und ein kleiner Kern von Fußvolk, einige Reiterei und Artillerie als Pflanzschulen der Kriegskunst fortbestehen sollen;
- f) freies Versammlungs- und Vereinsrecht, unbeschränktes Petitionsrecht, sowohl der Einzelnen als der Körperschaften;
- g) Pressfreiheit ohne irgend eine Beschränkung durch Zensur, KonzeSSIONen und Kauttionen; Aburtheilung der Pressvergehen durch Schwurgerichte;
- h) Unverbrüchlichkeit des Briefgeheimnisses unter gesetzlicher Bestimmung der bei Kriminaluntersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen;
- i) Sicherstellung der Person gegen willkürliche Verhaftung und Haus-suchung durch eine habeas - corpus - Acte;
- k) Berechtigung aller Angehörigen des deutschen Volkes in jedem einzelnen Staate und an jedem Orte ihren Aufenthalt zu nehmen, unter den nämlichen Bedingungen, wie die Angehörigen des betreffenden Staates Grundstücke zu erwerben und Gewerbe zu treiben;
- l) Auswanderungsfreiheit;
- m) Freiheit der Wahl des Berufes und der Bildung dazu im In- und Auslande;
- n) Freiheit der Wissenschaft;
- o) Freiheit des Glaubens und der privaten und öffentlichen Religions-übung, Gleichheit aller Religionsparteien in bürgerlichen und politischen Rechten;

- p) Freiheit volksthümlicher Entwicklung, insbesondere auch der nichtdeutschen Volksstämme durch Gleichberechtigung ihrer Sprache in Rücksicht auf Unterricht und innere Verwaltung;
- q) Aufhebung sämtlicher bisher an den Staat, fürstliche Personen oder fürstliche Diener geleisteten Abgaben, welchen Namen sie immer haben mögen (mit alleiniger Ausnahme der Zölle), desgleichen aller auf dem Grund und Boden haftenden Lasten und Abgaben, namentlich aller Zehnten, Gülten, Frohnden, endlich aller Zehntablösungsschuldigkeiten;
- r) Befreiung der Gemeinden von dem Drucke, welchen Kirche und Staat bisher auf dieselben übten; Rückgabe des Kirchenvermögens an die Gemeinden. Besserstellung der Lehrer, gleichmäßigere Ordnung der Pfarrbesoldungen, Abschaffung des Schulgeldes und der Stolzgebühren;
- s) Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, und Hebung des Handels und des Gewerbestandes durch selbstständige Mitwirkung der Betheiligten;
- t) Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital durch die Wirksamkeit eines besondern Arbeiterministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen angemessenen Antheil an dem Arbeitsgewinn sichert;
- u) Verdrängung der tausendfältig von einander abweichenden, unvolksthümlichen deutschen Gesetze, durch solche, welche dem Geiste der Zeit entspringend die innere Einheit Deutschlands gleichmäßig wie seine Freiheit sichern;
- v) Beseitigung des Systems der Anstellung der Staatsdiener durch die Angestellten und Ersetzung desselben durch den Grundsatz, daß alle Stellen im Staate und in der Kirche durch die freie Wahl des Volkes besetzt werden sollen, insofern die Staatsverfassung nicht ausdrücklich eine Ausnahme gemacht hat.

Gewähr dieses Grundgesetzes.

§. 35.

Jeden Monat hält jeder Wahlbezirk Deutschlands eine öffentliche Versammlung, in welcher die von demselben gewählten Beamten und Mitglieder der beratenden Versammlungen verpflichtet sind, dem Volke Auskunft zu ertheilen über den Stand der politischen Verhältnisse.

§. 36.

Diese Urversammlungen des Volkes bilden die verfassungsmäßigen Organe des Volkswillens, welche in ihrer Gesamtheit sogar über dem höchsten Gerichte, den Präsidenten und den Landtagen stehen.

Was in diesen Versammlungen mit Stimmenmehrheit in ganz Deutschland beschlossen wird, bildet den unmittelbaren Ausdruck des Willens des deutschen Volkes und ist daher das höchste Gesetz für ganz Deutschland.

§. 37.

In diesen Urversammlungen des deutschen Volkes werden sowohl die das ganze deutsche Vaterland als auch die jeden einzelnen deutschen Staat betreffenden Angelegenheiten berathen.

Insofern die Berathungen sich auf ganz Deutschland beziehen, sind die Resultate derselben an den Bundespräsidenten und an den Präsidenten des deutschen Landtages zur geeigneten Berücksichtigung einzusenden; insofern sie sich dagegen beziehen auf die Verhältnisse des einzelnen Staates, welchem der betreffende Bezirk angehört, so sind die Resultate der Berathungen einzusenden an den Präsidenten dieses Staates und an den Präsidenten seines Landtages.

§. 38.

Diese Volksversammlungen werden zusammenberufen und deren Verhandlungen geleitet durch einen von denselben gewählten, aus fünf Personen bestehenden Ausschuß. Bevor diese Wahl stattgefunden hat, beruft und leitet der älteste Wahlbeamte des Bezirkes die Versammlung.

§. 39.

Diese Urversammlungen des Volkes sind öffentlich und alle erwachsenen deutschen Männer können bei denselben das Wort ergreifen. Stimmberechtigt sind nur die volljährigen deutschen Bewohner des betreffenden Bezirkes.

Gustav Strube.

